

Trierischer Volksfreund

UNABHÄNGIG • ÜBERPARTEILICH • GEGRÜNDET 1875

ZEITUNG FÜR TRIER, SCHWEICH, TRIERER LAND


PHILIPP MATTHIAS MÜLLER
Warum der Dramaturg das Trierer Theater verlässt. Seite 23
DAS LEBEN IN LISTEN
Schluchten, Täler, Bauten: Diese sechs Orte in der Region sind ideale Fotospots. Seite 14

ÜBERBLICK
Einigung im Krankenhausstreit

BERLIN (mk) Im Streit um die Neuaufstellung der Krankenhäuser haben sich Bund und Länder wohl geeinigt. Was das für Patienten bedeutet. **Seite 16**

So wird der Truck Grand-Prix am Ring

NÜRBURG (mk) Am Wochenende fahren die Trucks am Nürburgring wieder um die Wette. Was Besuchern abseits des Spektakels geboten wird. **Seite 15**

Ryanair: Kaum Chancen mehr in Deutschland

FRANKFURT/MAIN (mk) Der irische Billigflieger sieht nur noch an wenigen Flughäfen in Deutschland Wachstumspotenzial – darunter auch am Hahn. **Seite 2**

ZITAT

„Die Nato kann die Ukraine nicht aufnehmen, solange sie im Krieg ist, sonst wären Deutschland und die anderen Bündnisstaaten sofort Kriegspartei.“

Lars Klingbeil

Der SPD-Chef zur Debatte um eine mögliche Aufnahme der Ukraine in die Nato. Vom Gipfel der 31 Mitgliedstaaten im litauischen Vilnius an diesem Dienstag und Mittwoch werde aber dennoch ein klares Signal der engen militärischen Kooperation mit dem Land ausgehen, sagte er.

WETTER

16° Tiefsttemperatur der kommenden Nacht.
38° 17°

Seite 28
RUBRIKEN

GELD UND MARKT SEITE 6
FERNSEHEN SEITE 25
HÄGAR SEITE 24
SUDOKU SEITE 24
FREIZEIT SEITE 22
FÜR KINDER SEITE 24

KONTAKT

Anzeigen 06 51/7199-999
Abo 06 51/7199-998
Leserservice 06 51/7199-0

kontakt@volksfreund.de
Internet: www.volksfreund.de

www.facebook.com/volksfreund
www.twitter.com/volksfreund

Produktion dieser Seite:
Marius Kretschmer

Einzelpreis 2,20 €, NR. 158



4 194971 102200 2 012 8


STAATSBESUCH
Bundespräsident bereist Luxemburg

LUXEMBURG (sas) Deutschlands Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ist für zwei Tage zum ersten offiziellen Staatsbesuch nach Luxemburg gekommen. Auf dem Programm stehen für das Staatsoberhaupt und seine Gattin Treffen mit dem Großherzogspaar, Premier Bettel, aber auch mit Jugendlichen. Steinmeier zeigt sich interessiert an Kultur, Politik, Wirtschaft und Forschung in Luxemburg. **Grenzgänger Seite 8**

FOTO: DPA

Großbrand bei Mercedes-Händler in Wittlich

WITTLICH (cmo) In einem Wittlicher Gewerbegebiet ist am gestrigen Montag ein Großbrand ausgebrochen. Gebäudeteile eines Autohändlers standen beim Eintreffen der Einsatzkräfte kurz nach 12 Uhr lichterloh in Flammen. Decken und Wände des Gebäudes stürzten ein. Autos wurden beschädigt. Über der Kreisstadt stand eine tiefschwarze Rauchsäule. Die Einsatzkräfte brachten den Großbrand relativ zügig unter Kontrolle, der Einsatz dauerte aber noch lange an. Schadenshöhe und Brandursache sind noch nicht bekannt. Verletzt wurde zum Glück niemand. **Lokales**

Bitburg gegen Trier: Oberliga-Kracher am 2. August

BITBURG/TRIER (AA/bl) Diesem Spiel fiebern zahlreiche Fußballfans in der Region Trier entgegen. In der Fußball-Oberliga Rheinland-Pfalz/Saar empfängt der Aufsteiger FC Bitburg am Mittwoch, 2. August, 19 Uhr, im Stadion Ost den Regionalliga-Absteiger Eintracht Trier. Der FCB rechnet mit 2500 bis 3000 Zuschauern. Was der vorläufige Spielplan für beide Clubs zudem bereithält – und warum die Eiferer zu den Auswärtspartien in einem Mannschaftsbus mit Bundesligaformat fahren können, lesen Sie im **Sport Seite 15**

Krankenkasse will Beteiligung an der Alkohol- und Tabak-Steuer

Um zu verhindern, dass die Beiträge der gesetzlichen Krankenkassen weiter steigen, müsse der Staat diese besser unterstützen. Das fordert der Chef der Krankenkasse IKK Südwest, Jörg Loth.

VON BERND WIENJTES

TRIER Um die Einnahmen der gesetzlichen Krankenkassen zu verbessern und weitere Beitragssteigerungen zu verhindern, fordert Jörg Loth, Chef der Krankenkasse IKK Südwest, dass die Kassen an den sogenannten Genusssteuern, also der Steuern auf Alkohol oder Tabak, beteiligt werden. Wenn ein Teil dieser staatlichen Einnahmen an die Kassen gehen würde, hätten diese eine verlässliche und zukunftssichere Finanzbasis, sagte Loth im Gespräch mit unserer Redaktion.

Rund 18 Milliarden Euro nimmt der Staat jährlich durch Alkohol- und Tabaksteuern ein. Wie andere Steuern auch sind diese nicht zweckgebunden – das heißt, die Steuereinnahmen fließen in den allgemeinen Staatshaushalt. Loth ist überzeugt, dass es Möglichkei-

ten gebe, eine Beteiligung der Kassen an den Genusssteuern verfassungsrechtlich sauber abzubilden.

Auch der Präsident der Bundesärztekammer, Klaus Reinhart, hatte im vergangenen Jahr einen gleichlautenden Vorschlag gemacht, Teile der Genusssteuer als zweckgebundene Gesundheitsabgabe für die gesetzliche Krankenversicherung zu verwenden. Übermäßiges Trinken fordere Jahr für Jahr rund 74.000 Todesopfer in Deutschland und verursache enorme Aufwendungen der Krankenkassen für Folgeerkrankungen, sagte er dem Ärzteblatt. Beim Tabakkonsum sehe es ähnlich aus.

Neben der Beteiligung an der Steuer fordert Loth auch eine stärkere Beteiligung des Staates an sogenannten versicherungsfremden Leistungen. Dazu zählen neben der beitragsfreien Mitversicherung etwa von Kindern auch

Leistungen für Empfänger von Bürgergeld. Auch eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel sei notwendig. Es könne nicht sein, so der Kassenchef, dass auf Schnittblumen sieben Prozent Mehrwertsteuer und auf Medikamente 19 Prozent entfielen.

Kommt es nicht zu diesen Maßnahmen, drohen möglicherweise jährliche Beitragssteigerungen von bis zu 0,8 Prozentpunkten. Derzeit liegt der allgemeine Beitragssatz, den Versicherte monatlich zahlen müssen, bei 14,6 Prozent des Bruttodienstes. Gesetzliche Krankenkassen dürfen zusätzlich einen Zusatzbeitrag von bis zu 1,6 Prozent erheben. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat bereits angekündigt, dass die Beiträge der Kassen wegen eines Milliardendefizits im kommenden Jahr steigen müssen. Falls die Beiträge tatsächlich unge-

bremsbar steigen würden, könnte in einigen Jahren bei einigen Kassen ein Beitragssatz von annähernd 20 Prozent drohen.

„Ein Ende der Beitragsspirale ist nicht absehbar“, warnt Martin Schneider, Leiter der Landesvertretung des Verbandes der Ersatzkassen. Auch er spricht sich für eine höhere Beteiligung des Staates an den Kosten für versicherungsfremde Leistungen aus.

Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben werde immer größer, warnen die Kassen. So haben sich die Ausgaben für Arzneimittel in den vergangenen Jahren deutlich erhöht – von 406 Euro je Versicherten in Rheinland-Pfalz im Jahr 2011 auf 558 Euro im Jahr 2020. Pro Jahr geben die gesetzlichen Krankenkassen im Land mehr als elf Milliarden Euro für Gesundheitsleistungen aus. **Themen des Tages Seite 2**

Schülervertreter fordern Aus für Bundesjugendspiele

Alle Schüler bis zur zehnten Klasse müssen jedes Jahr an den Bundesjugendspielen teilnehmen und sich in Schwimmen, Turnen und Leichtathletik messen – egal wie unsporthlich sie sind. Nun soll es eine Reform geben. Den Schülern im Land geht das nicht weit genug.

VON BERND WIENJTES

TRIER Die Bundesjugendspiele seien „jährliche Höhepunkte des Schulsports“ und sie seien für Schülerinnen und Schüler „eine prägende Erfahrung“. Werte wie Fairplay, Engagement und Teamgeist würden dabei lebendig. So heißt es in einem Aufruf der Kultusministerkonferenz zur Teilnahme an den jährlichen Schulwettbewerben aus dem Jahr 2016.

Für viele Schüler und Schülerinnen von der ersten bis zur zehnten Klasse waren und sind die Bundesjugendspiele in der Tat prägend. Denn sie müssen teilnehmen – egal wie sportlich oder unsporthlich sie

sind. Der jährliche Leistungsvergleich in Leichtathletik, Schwimmen und Turnen sorgt bei den weniger Sportbegabten häufig für Frust, wenn sie schlechter sprinten, springen oder werfen können als die sportlicheren Mitschüler. Und dieser Frust wird dann noch verstärkt bei der Siegerehrung. Diejenigen mit der höchsten Punktzahl erhalten eine Ehrenurkunde mit der Unterschrift des amtierenden Bundespräsidenten. Bei einer geringeren Leistung erhält der Schüler eine Siegerurkunde. Reicht die erbrachte Leistung auch für eine Siegerurkunde nicht aus, so wird eine Teilnehmerurkunde ausgehändigt. Die Bildungsminister der Länder

haben sich darauf verständigt, den jährlichen Leistungsvergleich in den unteren Klassenstufen zu reformieren. Ab dem nächsten Schuljahr sollen die Bundesjugendspiele bis zur sechsten Klasse als Wettbewerb und nicht mehr als Wettkampf ausgetragen werden. Leistungen der Schüler und Schülerinnen sollen nicht mehr zentimetergenau mit dem Maßband oder der Stoppuhr erfasst werden. Stattdessen gibt es künftig zum Beispiel beim Weitsprung oder Werfen bestimmte Zonen, in denen bestimmte Punkte vergeben werden. Am Ende stehen dann aber weiterhin die bekannten Urkunden. Die Landesschülervertretung

(LSV) begrüßt die Reform zwar, fordert aber trotzdem ein Ende der Bundesjugendspiele. Sie seien „eine Zwangsveranstaltung“ und sie nähmen den Schülern und Schülerinnen „die Freiheit, selbst über ihre sportlichen Aktivitäten zu entscheiden“, kritisiert LSV-Vorstandsmitglied Pascal Groothuis. „Statt den Spaß am Sport und die Motivation zur körperlichen Betätigung zu fördern, setzen die Bundesjugendspiele die Schüler und Schülerinnen einem starken und absolut unfairen Wettbewerbsdruck aus.“ Zudem führten sie zu Demütigungen für weniger leistungsstarke Schüler und Schülerinnen. Die Schülervertreter sprechen sich stattdessen für Sport-

festen in den Schulen aus.

Im Mainzer Bildungsministerium sieht man für das Aus der Bundesjugendspiele keine Notwendigkeit. Es gehe dabei insbesondere darum, sich zu bewegen, Freude zu haben und sein Bestes zu geben, heißt es. Gegen das Leistungsprinzip hat man nichts einzuwenden. Leistung sei auch in anderen Fächern durch die Notengebung ein zentraler Aspekt, sagte ein Ministeriumssprecher. „Gerade sportlich gute Schülerinnen und Schüler haben im Sport und bei den Bundesjugendspielen die Möglichkeit, ihre Stärken einzubringen.“ Die allermeisten Schüler würden mit großer Begeisterung an den Spielen teilnehmen.

So erinnert die Kirche an Vertuscher-Bischöfe

TRIER (sey) In den Bistümern Münster und Paderborn weisen Tafeln im Dom auf die Verfehlungen der Bischöfe beim Thema Missbrauch hin. In Münster wird inzwischen darüber nachgedacht, die Bischöfe in Zukunft nicht mehr im Dom zu bestatten. Symbolisch soll dort sogar ein noch nicht belegtes Grab geöffnet werden. Und was macht Deutschlands älteste Diözese? Welche Überlegungen gibt es dazu in Trier? **Themen des Tages Seite 2**